

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Klaus Lederer (LINKE)

vom 18. Juli 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. Juli 2023)

zum Thema:

Ausstattung der Projekte des IGPP mit queeren Zielgruppen

und **Antwort** vom 02. August 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. August 2023)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Dr. Klaus Lederer (Die Linke)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/16185

vom 18. Juli 2023

über Ausstattung der Projekte des IGPP mit queeren Zielgruppen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Projekte im Rahmen des Integrierten Gesundheits- und Pflege-Programms (IGPP) mit Bezug auf die Zielgruppe LSBTTIQ* (bitte aufgeschlüsselt in die Handlungsfelder „Altenhilfe, Pflege und hospizliche Strukturen“, „Besondere gesundheitliche Bedarfslagen“, „HIV/Aids, sexuell übertragbare Infektionen und Hepatitiden“, „Verbundsystem Drogen und Sucht“) wurden bzw. werden über den Landeshaushalt gefördert und wie haben sich die Bewilligungssummen seit 2015 bis 2023 entwickelt (bitte nach Projekten und Jahren aufschlüsseln, für 2023 in Aussicht gestellte Bewilligungssummen)? Bitte gesondert ausweisen: Welchen Anteil hatten daran jeweils COVID-bedingte Hilfen 2020-2022 sowie Hilfen bezogen auf die Abmilderung der Kostenfolgen der Energiekrise?

Zu 1.:

Im Handlungsfeld „Altenhilfe, Pflege und hospizliche Strukturen“ gibt es keine speziell auf queere Zielgruppen ausgerichteten Projekte, vielmehr richten sich die Projekte an alle Ratsuchenden, unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialer Zugehörigkeit, Religion, geschlechtlicher Identifikation oder sexueller Orientierung. Zuwendungssummen können daher nicht gesondert ausgewiesen werden.

Dies trifft auch auf das Handlungsfeld „Verbundsystem Drogen und Sucht“ zu. Die Projekte sind für alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialer Herkunft, geschlechtlicher Identifikation oder sexueller Orientierung geöffnet. Die Projekte des Handlungsfeldes sind für die Zielgruppe LSBTTIQ* sensibilisiert und geöffnet. In den Konzeptionen der Projekte finden die Bedürfnisse der Zielgruppe Beachtung.

Im Handlungsfeld „Besondere gesundheitliche Bedarfslagen“ wenden sich zwei Projekte explizit an die Zielgruppe LSBTTIQ*, die projektbezogenen Angaben können der nachstehenden Tabelle entnommen werden. Für alle anderen Projekte in diesem Handlungsfeld gelten die Aussagen zum Handlungsfeld „Altenhilfe, Pflege, hospizliche Strukturen“ analog.

Bewilligung in €, gerundet auf volle €	Lesbenberatung e.V.– Psychosoziales Beratungszentrum für Frauen und trans*idente Menschen	Schwulenberatung gGmbH – Psychosoziale Beratungsstelle für psychisch kranke und suchtkranke schwule Männer
2015	189.341	68.551
2016	201.106	69.922
2017	314.819	157.000
2018	360.766	208.600
2019	343.023	213.200
2020	550.159	226.476
2021	557.421	238.138
2022	563.558	250.995
2023 geplant	576.525	259.059

Zusätzliche COVID-bedingte Hilfen 2020-2022 sowie Hilfen bezogen auf die Abmilderung der Kostenfolgen der Energiekrise wurden von beiden Einrichtungen über die geförderten Beträge hinaus nicht beantragt.

Im Handlungsfeld „HIV/Aids, sexuell übertragbare Infektionen und Hepatitiden“ haben alle Projekte Bezug zur Zielgruppe LSBTTIQ*, wobei dies unterschiedlich stark ausgeprägt ist.

Die nachstehende Tabelle enthält die jährlichen Bewilligungssummen auf volle € gerundet. Die Summen für 2023 sind vorläufig.

Projekt	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Berliner Aids-Hilfe e.V. – Psychosoziale Beratung, Betreuung und Selbsthilfe									
	662.048	675.289	782.576	1.122.153	1.152.400	1.272.337	1.282.214	1.325.415	1.349.508
Fixpunkt e.V. - Mobilix Test it									
	275.732	281.247	308.364	544.255	559.467	599.050	569.400	62.3325	642.353
Hydra e.V. – Prävention zur sexuellen Gesundheit für Prostituierte									
	847.39	864.34	969.59	101.330	101.330	211.431	209.290	218.892	222.082
Schwulenberatung gGmbH – Aidsberatung und Selbsthilfe bei homo- und bisexuellen Männern									
	182.008	185.044	198.969	236.200	245.000	438.632	448.370	467.605	486.595
Schwulenberatung gGmbH - Pluspunkt									
	133.855	147.355	157.704	287.265	297.642	--	--	--	--
Schwulenberatung Berlin gGmbH – sidekicks (vormals manCheck)									
	194.140	207.615	285.695	373.800	362.117	402.381	300.566	417.709	428.418
Mann-O-Meter e.V. – Beratung und Selbsthilfe im Aidsbereich/Test									
	182.65	186.012	206.109	334.961	362.117	390.158	443.804	472.999	519.007
Notdienst e.V. – Olga med									
	24.435	32.781	35.437	349.00	43.900	117.961	115.434	202.372	208.651
Hilfe-für-Jungs e.V. – Subway / Smart									
	129.901	132.499	132.999	138.500	138.500	189.976	203.671	209.347	216.327
Verband für interkulturelle Arbeit e.V. – Netzwerkstelle und Afrikaherz									
	74.869	78.309	99.751	159.682	157.900	171.522	188.129	198.080	200.224
Zuhause im Kiez gGmbH – Sozialmakler									
	75.693	75.693	85.107	79.750	85.350	90.054	88.438	96.713	95.456
Felix Pflegeteam gGmbH – Ambulanter Aids Pflegedienst									
	103.712	103.712	114.306	108.800	112.100	116.270	119.345	124.182	122.133
Schwulenberatung gGmbH – Checkpoint BLN									
	--	--	--	356.794	1.500.904	1.377.435	1.395.172	1.421.968	1.432.947

Im Jahr 2021 wurden an drei Projekte COVID-bedingte Hilfen entsprechend der Beantragung ausgereicht: Hilfe-für-Jungs e.V. – Subway, erhielt 1.000,00 €; Notdienst e.V. – Olga med, erhielt 5.000,00 € und Fixpunkt e.V. – Mobilix erhielt 3.800,00 €. Im Jahr 2022 wurden keine Covid-bedingten Mittel beantragt. Bezüglich der Energiekosten wurde erstmals für 2023 ein Antrag durch den Träger Hilfe-für-Jungs e.V. gestellt.

2. Welche Zuwendungssummen sind im Senatsentwurf für den Doppelhaushalt 2024/2025 jeweils für die in Frage 1 benannten IGPP-Projekte vorgesehen (bitte projektscharf und nach Jahren aufschlüsseln)?

Zu 2.:

Hierzu kann derzeit noch keine projektbezogene Aussage getroffen werden.

3. Über welche Erkenntnisse verfügt der Senat hinsichtlich der in Frage 1 benannten IGPP-Projekte jeweils zur Bedarfslage und Inanspruchnahme der Projekte, etwa zum Anteil der Unterstützung suchenden Personen, die wegen fehlender Kapazitäten abgewiesen werden müssen oder Termine erst nach wochen- oder monatelangem Vorlauf erhalten können (bitte einzeln nach Projekt aufschlüsseln)?

Zu 3.:

In den Handlungsfeldern „Besondere gesundheitliche Bedarfslagen“ und „HIV, Aids, sexuell übertragbare Infektionen und Hepatitiden“ werden die Projekte stark von LSBTTIQ* in Anspruch genommen.

Es gibt in der Regel keinen monatelangen Vorlauf für Kontakt- bzw. Beratungstermine. Die Einrichtungen sind bemüht, an ratsuchende Menschen innerhalb kurzer Zeit Termine zu vergeben bzw. verweisen, wenn es notwendig sein sollte und soweit möglich, auf andere Einrichtungen.

Bei Projekten des Handlungsfeldes „HIV/ Aids, sexuell übertragbare Infektionen und Hepatitiden“, insbesondere in den Projekten, in denen Tests auf HIV und sexuell übertragbare Infektionen angeboten werden, kommt es zu terminlichen Engpässen, da eine Terminvergabe auch online möglich ist und somit weniger Kapazität für Menschen ohne Termin vorgehalten werden kann. Es treten hier nur tageweise Verzögerungen auf. Es handelt sich hierbei vornehmlich um die Testprojekte der Berliner Aids-Hilfe e.V, von Mann-O-Meter und des Checkpoint BLN.

Für die beiden anderen Handlungsfelder kann festgestellt werden, dass Daten wie zum Beispiel Herkunft, geschlechtliche Identifikation oder sexuelle Orientierung nur teilweise erhoben werden, um einen freien und niedrighschwelligem Zugang zu gewährleisten. Somit lässt sich zur Inanspruchnahme keine Aussage treffen. Zu kürzeren Wartezeiten kann es im

Einzelfall kommen, jedoch sind die Einrichtungen bemüht, schnellstmöglich Unterstützung anzubieten, ggf. auch in Kooperation mit anderen Angeboten.

4. Inwiefern betrachtet der Senat die in 2023 bestehende sowie die im Senatsentwurf für 2024 und 2025 vorgesehene finanzielle Ausstattung der in Frage 1 benannten IGPP-Projekte als bedarfsgerecht und auskömmlich (bitte ggf. einzeln nach Projekt aufschlüsseln)?

Zu 4.:

Grundsätzlich erfolgt die Finanzierung der Projekte im IGPP im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel, in enger Abstimmung mit der LIGA und der Bewilligungsstelle im LAGeSo auf der Grundlage der insgesamt zur Verfügung stehenden Fördermittel im Titel.

5. Wenn 4. nein, wie wird der Senat sich für eine bedarfsgerechte Ressourcenausstattung dieser Projekte des Integrierten Gesundheits- und Pflege-Programms einsetzen?

Zu 5.:

Der Senat von Berlin setzt sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für alle benachteiligten Zielgruppen ein, denen die im IGPP geförderten Projekte niedrigschwellige Unterstützung bis hin zur Krisenintervention bieten. Dies bezieht sich damit nicht nur auf LSBTTIQ*, sondern auch auf chronisch somatisch bzw. psychisch erkrankte Menschen (einschließlich suchtkranker Menschen), Menschen mit sexuell übertragbaren Infektionen sowie pflegende Angehörige und Menschen, die hospizliche Angebote benötigen.

Der Fokus der Zielgruppen im IGPP liegt auf der jeweiligen gesundheitlichen bzw. pflegebezogenen Bedarfslage, die Zugehörigkeit zu weiteren Zielgruppen wie zum Beispiel Kinder/Jugendliche, Frauen, Männer, Menschen mit Migrationsgeschichte, geflüchtete Personen, Menschen ohne Krankenversicherung bzw. ohne Wohnung, Fachkräfte im Gesundheits- und Sozialwesen oder eben LSBTTIQ* ist ein weiteres Merkmal. Der niedrigschwellige Ansatz der Projekte ist untrennbar verbunden damit, ein Angebot für hilfesuchende Menschen zu machen - unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialer Zugehörigkeit, Religion, geschlechtlicher Identifikation oder sexueller Orientierung.

6. Inwiefern gibt es nach Einschätzung des Senats Angebotslücken, die durch die bestehenden Projekte mit queeren Zielgruppen im Rahmen des IGPP nicht abgedeckt werden können und was unternimmt der Senat, um diese Lücken zu schließen? Bitte einzeln nach möglichen Maßnahmen aufschlüsseln.

Zu 6.:

Über die Weiterentwicklung des IGPP beraten Vertreter*innen der LIGA und der Fachbereiche der Verwaltung gemeinsam im Kooperationsgremium. Nach Einschätzung des Senats bestehen zurzeit Entwicklungsoptionen in unterschiedlichen Bereichen. Diese werden nachfolgend aufgeführt und kurz beschrieben:

1. Die Initiative – „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) sieht eine Koordinierungsstelle vor, die eine Sensibilisierungsoffensive zu LSBTI und insbesondere geschlechtlicher Vielfalt im Gesundheitswesen einschl. von Fachaustauschen und Fortbildungen durchführen soll.
2. Der Bedarf nach Kontakt und Beratung als auch der Beratungsaufwand für geflüchtete LSBTTIQ* sind erheblich höher sind als ursprünglich angenommen. Gleiches gilt für den Bedarf nach Beratung der Zielgruppe schon lange in Deutschland lebender bzw. in Deutschland geborener Berliner LSBTIQ*. Insofern wäre eine Stärkung der personellen Ressourcen angezeigt.
3. Für die Zielgruppe Menschen in Haft, hierunter auch LSBTTIQ* wurde ein Testangebot in Haft entwickelt, dessen nachhaltige Finanzierung noch nicht realisierbar ist.
4. Hilfreich wäre ein Angebot für ältere /einsame HIV-positive Menschen, um deren Lebensqualität zu steigern.
5. Auch ein Fortbildungsangebot für Verwaltungsmitarbeitende zur Initiative #positiv arbeiten der Deutschen Aidshilfe e.V, der Berlin beigetreten ist, wäre zu entwickeln, um die immer noch bestehende Diskriminierung und Stigmatisierung von Menschen mit HIV, aber auch von Menschen aus der Zielgruppe der LSBTTIQ* zu bekämpfen.
6. In den zurückliegenden Jahren hat sich gezeigt, dass ein Angebot für LSBTTIQ+-Geflüchtete mit dem Schwerpunkt der Beratung zu Chemsex (Chemsex bezeichnet menschlichen Sexualverkehr unter dem Einfluss von synthetischen Drogen zur Steigerung des Lustempfindens in quantitativer und qualitativer Hinsicht) einschließlich Sprachmittlung ein wichtiger Baustein der Präventionsarbeit ist.
7. Die Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) wird in Deutschland fast ausschließlich an schwule Männer/Männer, die Sex mit Männern haben verordnet. Eine Ausweitung auf andere Gruppen, die von den Vorteilen der PrEP profitieren sollten (beispielsweise Sexarbeitende), denen bislang der Zugang nur sehr schwer möglich ist, wäre möglich.
8. Es fehlt ein Angebot zu Fragen zur gesundheitlichen Prävention für die bislang kaum erreichte Zielgruppe der trans*Menschen in der Sexarbeit.

Angesichts der angespannten Haushaltssituation des Landes Berlin, die sich auch im Beschluss des Senats von Berlin zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2024/25 ausdrückt, bestehen für eine Umsetzung derzeit kaum Handlungsräume. Eventuell können durch Synergieeffekte für einzelne der oben aufgeführten Bedarfe Verbesserungen erzielt werden.

Berlin, den 2. August 2023

In Vertretung
Ellen Haußdörfer
Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege